

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

05. - 11. September 2026

Beim internationalen Raumfahrtgipfel am 9. und 10. September in Paris, den Frankreich und Deutschland gemeinsam ausrichteten, hat Emmanuel Macron für eine stärkere europäische Eigenständigkeit gegenüber den USA und China geworben. Zwar sagte Bundeskanzler Friedrich Merz seine Teilnahme kurzfristig wegen der Haushaltswoche ab, doch waren mit Forschungsministerin Dorothee Bär und Verteidigungsminister Boris Pistorius zwei Mitglieder der Bundesregierung in Paris vertreten. Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung für eine ambitionierte europäische Raumfahrtpolitik mit Schwerpunkt auf technologischer Souveränität, Sicherheit, Forschung und industriellen Kapazitäten. Insgesamt wurden während des zweitägigen Gipfels mehr als 50 Projekte und Vereinbarungen angekündigt. Macron sprach sich für eine stärkere „europäische Präferenz“ bei Raumfahrtprogrammen und einen ambitionierten EU-Raumfahrtetat aus. Sein Ziel ist, die Abhängigkeit von US-Anbietern wie SpaceX zu verringern und innerhalb von zehn Jahren eine europäische bemannte Raumfahrt aufzubauen. Derzeit ist Europa bei bemannten Flügen zur ISS noch auf US-Technologie angewiesen. Der Gipfel zeigte zugleich unterschiedliche Prioritäten innerhalb Europas: Frankreich setzt stärker auf strategische Autonomie und europäische Anbieter, während Deutschland auch die Zusammenarbeit mit US-Unternehmen offenhalten will. Mehrere US-Unternehmen, darunter SpaceX und Blue Origin, hatten ihre Teilnahme am Gipfel abgesagt.

Die französische Regierung rechnet für das kommende Jahr mit einer leichten wirtschaftlichen Erholung und kalkuliert im Haushaltsentwurf für 2027 mit einem Wachstum von einem Prozent. Nach einem erwarteten Wachstum von lediglich 0,4 % im Jahr 2026 bleibt die wirtschaftliche Lage jedoch schwierig. Hohe Energiepreise könnten die Inflation Ende 2026 auf 2,9 % treiben. Gleichzeitig sind die Zinsen für französische Staatsanleihen stark gestiegen, wodurch sich die Kosten für den Schuldendienst erhöhen. Das Staatsdefizit dürfte deshalb 2026 bei etwa 5,1 bis 5,5 % des BIP liegen. Die Haushaltsplanung für 2027 wird besonders schwierig, da gleichzeitig die Ausgaben für Renten, Gesundheit, Verteidigung und Klimaschutz steigen werden. Theoretisch bleiben der Regierung nur drei Möglichkeiten: Ausgaben kürzen, Steuern deutlich erhöhen oder staatliche Vermögenswerte verkaufen. Diese Maßnahmen sind jedoch politisch kaum durchsetzbar, da Le Pen's Regierung über keine parlamentarische Mehrheit verfügt und die Präsidentschaftswahl 2027 näher rückt. Der Haushaltsentwurf für 2027 soll am 30. September 2026 dem Parlament vorgelegt werden. Anschließend beginnt im Herbst die parlamentarische Debatte über die geplanten Sparmaßnahmen und die Finanzierung des Haushalts.

Nach den schweren Waldbränden im Sommer haben die Berufsfeuerwehrlaute in Frankreich einen Streik begonnen, der vom 8. September bis zum 20. Oktober dauern soll. Sie fordern mehr Personal und finanzielle Mittel, einen besseren Gesundheitsschutz sowie eine grundlegende Reform des Zivilschutzes. Konkret verlangen sie die Einstellung von 21.000 zusätzlichen Berufsfeuerwehrlauten. Die Gewerkschaften kritisieren den von Innenminister Laurent Nuñez vorgestellten Gesetzentwurf als unzureichend. Dieser sieht eine Anpassung der personellen Mittel, eine bessere Koordinierung der Rettungseinsätze durch „territoriale Verträge“ sowie zusätzliches Leitungspersonal in den Départements vor. Außerdem sind Erste-Hilfe-Kurse an Schulen und eine Medaille für freiwillige Helfer vorgesehen. Die Feuerwehrleute bemängeln jedoch, dass zentrale Probleme wie Personalmangel, veraltete Ausrüstung und Überlastung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der Streik fällt mit den parlamentarischen Haushaltsberatungen zusammen. Die Rettungseinsätze sind gewährleistet. Für den 27. und 28. September sind Kundgebungen in Paris geplant, für den 29. September eine Demonstration.

Die Mitglieder der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) haben Fabien Roussel mit 72 % der Stimmen offiziell als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2027 bestätigt. Roussel setzt auf eine eigenständige Kandidatur und will sich vor allem für höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen, die Reindustrialisierung Frankreichs und einen glaubwürdigen Klimaplan einsetzen. Zudem fordert er einen entschlossenen Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerflucht. Seine Kandidatur könnte die Spannungen mit Jean-Luc Mélenchons Partei La France insoumise (LFI) erneut verschärfen. Mélenchon wirft dem PCF vor, die Linke durch eine eigene Kandidatur zu spalten. Roussel weist diese Kritik zurück und erklärt, das Problem der Linken seien nicht mehrere Kandidaten, sondern ihre fehlende Mehrheit. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 erhielt Roussel 2,28 % der Stimmen.

Emmanuel Macron hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen aufgefordert, ein europaweit einheitliches Verbot des Zugangs zu sozialen Netzwerken für unter 15-jährige auf den Weg zu bringen. Nach dem Scheitern eines entsprechenden französischen Gesetzes vor dem Verfassungsrat will Macron im Herbst einen überarbeiteten nationalen Gesetzentwurf vorlegen, der mit EU-Recht und der französischen Verfassung vereinbar ist. Macron fordert zudem robuste und datenschutzkonforme Alterskontrollen, Einschränkungen suchtgefährdender Funktionen sowie standardmäßige Sicherheitsvorgaben, etwa Nutzungszeitbegrenzungen. Von der Leyen hatte dagegen einen stufenweisen Zugang je nach Altersgruppe angekündigt und will das Thema in ihrer Rede zur Lage der Union am 16. September aufgreifen. In Frankreich hatte der Verfassungsrat das geplante Verbot als unverhältnismäßigen Eingriff in die Meinungs- und Kommunikationsfreiheit Jugendlicher verworfen, zugleich aber den verfassungsrechtlichen Schutz des Kindeswohls bestätigt.

Frankreich will die Lohntransparenz stärken und hat dazu einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie von 2023 vorgelegt. Unternehmen ab 50 Beschäftigten sollen künftig regelmäßig Gehaltsdaten nach Geschlecht offenlegen und in Stellenanzeigen Gehaltsspannen angeben. Beschäftigte können außerdem Informationen über ihre Vergütung im Vergleich zu Kollegen mit gleichwertiger Tätigkeit verlangen. Mit dem Gesetz soll u.a. der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern verringert werden. Dieser beträgt in Frankreich in der Privatwirtschaft im Durchschnitt noch 22 %, bei gleicher Arbeitszeit 14 %. Gewerkschaften fordern strengere Regelungen, während Arbeitgeberverbände vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand und hohen Kosten warnen. Das Gesetz soll Ende 2026 oder Anfang 2027 im Parlament beraten werden.

Der Eiffelturm war am 7. September wegen eines Streiks des Personals geschlossen. Anlass war die Anweisung der Betreiber, weibliche Beschäftigte bei einem Besuch einer hinduistischen Delegation am 5. September aus bestimmten Bereichen fernzuhalten bzw. sie durch Männer zu ersetzen. Die Betreibergesellschaft SETE räumte ein, dass die Delegation einen Besuch mit möglichst wenig Kontakt zu Frauen verlangt hatte, und erklärte, dass sie diese Bedingungen nicht hätte akzeptieren dürfen. Der Vorfall löste in Frankreich breite politische Kritik aus. Der Pariser Bürgermeister Emmanuel Grégoire und mehrere Regierungsvertreter bezeichneten die Behandlung der Mitarbeiterinnen als unvereinbar mit den republikanischen Gleichheitsgrundsätzen und kündigten eine Untersuchung an.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Édouard Philippe will am 1. Oktober den Vorsitz seiner Partei Horizons abgeben. Damit möchte er sich stärker auf seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 und vor allem auf den Zusammenschluss von Rechten und Mitte konzentrieren. Der ehemalige Premierminister plant, Vertreter verschiedener Parteien und politischer Strömungen rund um Allerheiligen zusammenzubringen. Ziel ist es, gemeinsame politische Positionen zu finden und bereits die Parlamentswahlen nach der Präsidentschaftswahl vorzubereiten. Philippe spricht sich für eine stärkere Zusammenarbeit und möglichst gemeinsame Kandidaten aus. Seine Strategie geht damit über Horizons hinaus. Er möchte ein breites Bündnis schaffen, das von der Mitte bis zum rechten politischen Lager reicht. Gleichzeitig sollen in ganz Frankreich lokale „Comités avec Édouard“ entstehen, um Unterstützer verschiedener Parteien zusammenzubringen.

DIE ZAHL DER WOCHE

27

3	8	4	7
0	2	6	5
5	4	3	1
7	8	9	2
9	2	0	1

Auch in Frankreich zeigt die PISA-Studie 2025 einen deutlichen Leistungsabfall der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler. Frankreich erreicht mit 458 Punkten in Mathematik den **27. Platz** und liegt damit einen Platz hinter seinem Ergebnis von 2022. Deutschland schneidet mit 464 Punkten etwas besser ab. Auch in den anderen Bereichen liegt Deutschland leicht vor Frankreich: Es erreicht 486 Punkte in den Naturwissenschaften und 465 Punkte im Fach Lesen, während Frankreich 483 bzw. 456 Punkte erreicht. Der französische Bildungsminister Édouard Geffray nennt die zunehmende Nutzung sozialer Netzwerke als mögliche Ursache für diese historisch schlechten Ergebnisse, da sie die Konzentrations- und Lernfähigkeit beeinträchtigen könnte. Zudem sieht er Schwächen im französischen Bildungssystem und fordert klarere Lernziele, bessere pädagogische Methoden, eine stärkere Weiterbildung der Lehrkräfte und mehr Autonomie für die Schulen.